



---

<b>Geschäftsbereich / Fachbereich</b>	<b>Sachbearbeiter</b>
S04 - Stabsstelle Umweltmanagement	Herr Rodrian

Az.:

---

<b>Beratung</b>	<b>Datum</b>	<b>Behandlung</b>	<b>Zuständigkeit</b>
Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss	02.12.2021	öffentlich	Entscheidung

---

**Betreff**

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN auf Beitritt zur kommunalen Initiative des Deutschen Städtetages für stadtverträglichen Verkehr

**Anlagen:**

20210212\_UEV\_Antrag

---

**Sachverhalt:**

Im Rahmen der Diskussionen zur Umsetzung des Gautinger Verkehrskonzepts hat sich wiederholt gezeigt, dass veränderte gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene für uns in Gauting mehr Handlungsfreiheit, erhöhte Sicherheit und Entlastung bei den Straßenumbaukosten bedeuten könnten.

**Der UEV-Ausschuss des Gemeinderates möge daher beschließen:**

Die Gemeinde Gauting erklärt ihren Beitritt zur **Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – Eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“** des Deutschen Städtetages und unterstützt die am 6. Juli 2021 veröffentlichte Erklärung mit folgendem Wortlaut:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Die Bürgermeisterin Frau Dr. Kössinger wird beauftragt, dem Deutschen Städtetag gegenüber den Beitritt Gautings zu dieser Initiative zu erklären.

**Begründung:**

Die Initiative verfolgt eine Zielrichtung, die bei Umsetzung auf Bundesebene für uns in Gauting in vierfacher Hinsicht sehr hilfreich sein wird.

1. **Erweiterter Handlungsspielraum:** Die Initiative zielt darauf ab, mehr Verantwortung für die Verkehrsregelung in die Hände der Gemeinden und Städte zu geben.
2. **Entlastung des Haushalts:** Wenn gewünscht und von einer Mehrheit getragen können Tempo 30 – Zonen mit beruhigtem Verkehrsfluss und höherer Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer ohne aufwändige Umbaumaßnahmen eingeführt werden.
3. **Rechtssicherheit:** klare gesetzliche Regelungen erlauben eine sicherere Planung für die Zukunft mit geringeren juristischen Risiken.
4. **Schnellere Umsetzung:** die Umsetzenden können sich auf die verkehrstechnisch sinnvollen Fakten konzentrieren. Die Prüfung der Rechtstauglichkeit wird vereinfacht und beschleunigt.

Das Kurzpapier der Initiative findet sich unter folgendem Link:

<https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Dezernat-5/2021/kurzpapier-staedteinitiative-tempo-30-mit-unterstuetzern.pdf>

Die im Antrag erwähnte Resolution des Deutschen Bundestages vom 17.1.2020 ist unter folgendem Link abrufbar:

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/157/1915779.pdf>

## 1. Finanzielle Auswirkungen

**NEIN**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss nimmt Kenntnis von der Beschlussvorlage Ö/0303/XV.WP und der dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 16.11.2021.
2. Der Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss beschließt gemäß dem Antrag von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 16.11.2021:

Die Gemeinde Gauting erklärt ihren Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – Eine neue kommunale Initiative für stadtvträglicheren Verkehr“ des Deutschen Städtetages und unterstützt die am 6. Juli 2021 veröffentlichte Erklärung mit folgendem Wortlaut:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Die Bürgermeisterin Frau Dr. Kössinger wird beauftragt, dem Deutschen Städtetag gegenüber den Beitritt Gautings zu dieser Initiative zu erklären.

**Gauting, 18.11.2021**

---

**Unterschrift**